

Deutschlands Russlandpolitik: Von der Herausforderung des Dialogs

Andreas N. Ludwig, Svetlana Peterka

„Russland: der schwierige Partner“, so überschreibt Stephan Bierling seine Überlegungen zu den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation (vgl. Bierling 2014, S. 244-248). In der Tat ist das Verhältnis zu Russland aus deutscher Sicht im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gleich in mehrfacher Hinsicht „schwierig“ geworden: Die „öffentlich zelebrierte Freundschaft“ (Stephan Bierling) der Kohl- und Schröder-Jahre wich unterkühlten persönlichen Beziehungen in der Kanzlerschaft Angela Merkels – nicht nur auf höchster Regierungsebene. Die großen Hoffnungen vieler deutscher Politiker, Moskau immer näher an „Europa“, sprich an Europäische Union (EU) und NATO, heranzuführen, verblassten schrittweise angesichts der Vielzahl offener Differenzen in internationalen, aber auch gesellschaftspolitischen Belangen. Die Foren multilateralen Dialogs in Europa, von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), über den NATO-Russland-Rat, bis hin zu bilateralen Initiativen, wie dem Petersburger Dialog, waren nicht in der Lage, diesem Entfremdungsprozess entgegenzuwirken, genauso wenig wie die regen wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten.

Deutschlands Verhältnis zu Russland stand somit bereits seit geraumer Zeit vor Herausforderungen, als die Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine 2014 ein „Weiter-so“ aus Sicht deutscher EntscheidungsträgerInnen nicht länger zuließen und zu einem – zumindest bei weiten Teilen von Politik, Medien und Wissenschaft – „tiefen Vertrauensverlust in den bilateralen Beziehungen“ (Meister 2017, S. 16) geführt haben. Der Umstand, dass es der Russlandpolitik (wie manch anderem Themenfeld deutscher Außenpolitik auch) seit der Wiedervereinigung letztlich an einem breiten Grundkon-



Andreas N. Ludwig, M.A.,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für
Internationale Beziehungen, Katholische Universität
Eichstätt-Ingolstadt



Svetlana Peterka, M.A.,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für
Internationale Beziehungen, Katholische Universität
Eichstätt-Ingolstadt

sens mangelt (vgl. Heinemann-Grüder 2017, S. 4), verleiht der innenpolitischen Kontroverse um den künftigen Kurs gegenüber Moskau in den letzten Jahren aus zweierlei Gründen besondere Virulenz: Zum einen geht es hierbei stets um Fragen der Deutungshoheit historischer wie aktueller Entwicklungen und die deutsche Rolle dabei, was die Auseinandersetzung schnell zum Kristallisationspunkt eines tieferreichenden Dissenses in der Außenpolitik werden lässt. Zum anderen ist die Russlandpolitik „ein zentraler Bereich, in dem viele Verbündete Führung von Deutschland einfordern und die Bundesregierung tatsächlich bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.“ (Meister 2017, S. 17) Beide Sachverhalte machen den Richtungsstreit zur außenpolitischen Bürde.

Wie gespalten die Meinungen sind und wie aufgeheizt zugleich die Debatte, haben 2017 exemplarisch die parlamentarischen Aussprachen über eine „neue Ostpolitik Deutschlands“ im Bundestag gezeigt (vgl. Plenarprotokoll 18/218, S. 21853-21862; Plenarprotokoll 18/231, S. 23288-23299), die in den Worten des SPD-Russlandkenners Gernot Erler „ziemlich kontrovers, mit ein paar Abgleitungen ins Polemische“ (Plenarprotokoll 18/231, S. 23289) gewesen seien. Doch in welche „Lager“ lassen sich die vielfältigen Stellungnahmen in Politik und Medien einteilen? Wo verlaufen die Konfliktlinien? Gibt es dennoch Elemente des Konsenses?

Stimmen für Entspannung

Die Linke

In der deutschen Parteienlandschaft bringt Die Linke traditionell viel Verständnis für das russische Handeln auf, das sie als Antwort auf die westliche „Konfrontationspolitik“ auffasst:

„Nach der Auflösung des Warschauer Paktes erwarteten viele Menschen in allen Teilen Europas einen Abbau der Strukturen der NATO und damit eine Auflösung des westlichen Militärbündnisses. Man sprach vom Gemeinsamen Haus Europa und von der Friedensdividende. Doch der Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Medwedew aus dem Jahr 2008, Verhandlungen über ein kollektives Sicherheitssystem in Europa aufzunehmen, blieb im Wesentlichen unbeantwortet. Er zielte auf die Vermeidung geopolitischer Konflikte ab.

Stattdessen wurde die NATO absprachewidrig weiter gen Osten ausgedehnt, so dass sie heute an der russischen Westgrenze steht. Auch Bundeswehreinheiten sind an der Westgrenze Russlands stationiert. Hinzu kommt, dass das strategische Gleichgewicht durch den NATO-Raketenabwehrschirm, der auf die Neutralisierung der russischen Zweitschlagkapazität zielt, außer Kraft gesetzt werden soll. Russland hat seinerseits mit einer westwärts gerichteten Verlegung von Streitkräften darauf reagiert.

Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.“

Fraktion DIE LINKE im Bundestag: Russland. Themenpapiere der Fraktion,
<https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/russland/>

Die Linke setzt auf eine „neue Ostpolitik“ und spricht sich strikt gegen die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland aus.

„Eine große Mehrheit der Menschen in unserem Land wünscht eine Politik der friedlichen Koexistenz und guten Nachbarschaft mit Russland. Wir wollen eine neue, auf Entspannung und gute Nachbarschaft ausgerichtete deutsche Ost-Politik. [...]

Wir brauchen neue vertragliche Grundlagen für die Beziehungen zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und Russland.“

Fraktion DIE LINKE im Bundestag: Russland. Themenpapiere der Fraktion,
<https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/russland/>

„Die nun seit Jahren gemachten Erfahrungen mit den Sanktionen der EU gegen Russland wie auch die russischen Gegenmaßnahmen beweisen: Der geopolitische Konflikt ist dadurch nicht gelöst, sondern durch das Sanktionsregime sogar verschärft worden. Die Sanktionen haben lediglich die Eskalationsspirale weiter gedreht und sind ungeeignet, den Konflikt mit der Ukraine und das völkerrechtliche Problem der Krim zu lösen.“

Aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag „Entspannung mit Russland – Keine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland“, 22.11.2017, S. 1, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/000/19000095.pdf>

AfD Zustimmung für die Linke

In ihrem auf Entspannung pochenden Kurs pflichtet die Alternative für Deutschland (AfD) der Linkspartei bei. Sie argumentiert – durchaus auf Linie etwa mit Stimmen aus der Wirtschaft – jedoch ergänzend mit den „desaströsen“ Folgen der aktuellen Russlandpolitik für deutsche Unternehmen:

„Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.

Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.“

Aus dem Wahlprogramm der Partei AfD zur Bundestagswahl 2017, S. 19, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

„Die Russlandsanktionen schaden unserer heimischen Wirtschaft immens. Sie sind politisch grundfalsch, da es sich bei der Abspaltung der Krim nicht um eine Annexion sondern um eine Sezession gehandelt hat, und sie sind wirtschaftlich ein Desaster für Deutschland.“

André Poggenburg (AfD): Politisches Desaster – Insolvenzen wegen Russlandsanktionen, <https://www.afd.de/politisches-desaster-insolvenzen-wegen-russlandsanktionen/>

Konservative Position

Ungewohnte Schützenhilfe erhalten die Verfechter eines neuen, konzilianteren Kurses in der Russlandpolitik auch von manch Konservativem. So fordert jüngst etwa Michael Stürmer:

„Es wird Zeit für eine grundlegende Überprüfung des Nordatlantischen Bündnisses, seiner Möglichkeiten und Grenzen – und für eine neue Ostpolitik [sic!], sprich: ein anderes Verhältnis zu Russland. Denn die, wie Henry Kissinger es seit Langem anmahnt, Dämonisierung des Kreml-Herrn reicht als Ersatz einer tragfähigen Politik nicht aus.“

Michael Stürmer: Eine andere westliche Ostpolitik, in: Die Welt vom 27.11.2017

Zwischen Entspannung und Prinzipientreue

Die SPD – tradierte Ostpolitik

Eine gemäßigtere, aber intern keineswegs unumstrittene, Haltung in diesem Richtungsstreit zeigt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): Die Sozialdemokraten wollen die tradierte Ostpolitik Willy Brandts fortsetzen und hoffen in diesem Sinne mit Blick auf die Russische Föderation auf den neuerlichen Erfolg eines „Wandels durch Annäherung“. Dieser soll, neben dem „ernsthaften, respektvollen, kriti-

schen, und vor allem: lösungsorientierten“ (Steinmeier 2016) Dialog, durch eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Moskau nach Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens ermöglicht werden.

„Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen. [...] Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen. Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss in diesem Sinne wieder gestärkt werden.“

Aus dem Regierungsprogramm 2017-2021 der SPD, S. 107,

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungsprogramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf

„Deshalb werbe ich für den Dialog, und zwar einen Doppelten Dialog – darüber, was uns verbindet, aber auch darüber, was uns trennt.“

Auszug aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, an der Ural Federal University am 15. August 2016 in Jekaterinburg, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 91-1 vom 16.08.2016, S. 2,

https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/08/Anlagen/91-1-bmaa.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Auch CSU für Dialog

Eine Sichtweise, die auch bei Teilen des christlich-konservativen Spektrums, insbesondere in der Christlich-Sozialen Union (CSU), Wiederhall findet:

„Russland ist zweifellos eine Weltmacht, nicht nur militärisch. Allein durch seine Größe und die nahezu endlos vorhandenen Rohstoffe hat Russland eine Sonderstellung in der Welt. Diese Feststellung ist für die Bewertung des Verhältnisses zu Russland grundlegend, ganz unabhängig davon, wie wir die innenpolitische Situation in Russland bewerten. Und noch etwas ist wichtig zu verstehen: Russland ist in fast jeder globalen internationalen Herausforderung auch Teil der Lösung. [...]“

Die Verknüpfung von Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens mit einer Lockerung der Sanktionen könnte eine vernünftige Grundlage sein, um eine schrittweise Annäherung zu befördern.“

Edmund Stoiber (Ehrenvorsitzender der CSU): Ein konstruktives Verhältnis ist alternativlos. Russland ist Teil der Lösung – gerade in Syrien, in: Tagesspiegel Causa vom 03.04.2017, <https://causa.tagesspiegel.de/politik/die-deutsche-russlandpolitik/russland-ist-teil-der-loesung-gerade-in-syriennbsp.html>

FDP: „Klare Haltung“

„Klare Haltung gegenüber Russland“ verspricht das Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei (FDP) zur Bundestagswahl 2017 und betont ebenfalls die erprobten Prinzipien sozialliberaler Ostpolitik:

„Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen [...] die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substanziellen Einlenken der rus-

sischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden. [...]. Gerade in schwierigen Zeiten ist es unerlässlich, miteinander im Gespräch zu bleiben. Ob auf politischer Ebene, wie in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat, oder durch zivilgesellschaftliche Kontakte: Dialog schafft Vertrauen, Vertrauen schafft Sicherheit. Mittelfristig muss es unser Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kommen.“

Aus dem Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2017, S. 101,

<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf>

In der Tat lässt die Parteispitze in letzter Zeit noch deutlich mildere Töne gegenüber Russland verlauten. Diese „Wendung“ in der Russlandpolitik der FDP, begonnen durch ihren Parteivorsitzenden Christian Lindner mit seinem Vorschlag der „Einkapselung“ der Krim-Problematik und der Lockerung des Sanktionsregimes, ist indes auf scharfe Kritik gestoßen:

„Christian Lindner will die FDP erneuern und prinzipienfest machen. Doch mit seiner Wendung in der Russlandpolitik verrät er liberale Werte.

[...] Als Beitrag zu der Debatte darüber, wie man den ‚Dialog‘ mit Russland neu beleben könnte, ist dieser bizarre Vorschlag jedoch kaum ernst zu nehmen – spricht daraus doch vor allem eher die offenbare Unkenntnis Lindners über die Lage in der Ukraine und den Stand der Beziehungen des Westens zu Russland.“

Richard Herzinger: „Mal wieder Umfaller“, in: Die Welt vom 20.09.2017.

Stimmen für Prinzipientreue

Gegner einer nachgiebigen Russlandpolitik finden sich vor allem bei Bündnis 90/ Die Grünen und Christlich Demokratischer Union (CDU) sowie in Teilen der Medien. Sie betonen zwar ebenfalls die Notwendigkeit eines politischen Dialogs mit Moskau, beharren jedoch auf einem harten Kurs, wenn es um die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen oder die Durchsetzung der Sanktionen geht, und warnen vor falschen Signalen:

CDU: Aggressor nicht belohnen!

„Ein Arrangement, mit dem die Herrschaft Russlands über die Krim in welcher Form auch immer akzeptiert wird, kann es nicht geben – auch keine Lockerung der Sanktionen, ohne dass zuvor die Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft vollständig erfüllt werden. Erst wenn die Minsker Vereinbarungen ohne Abstriche umgesetzt sind, können die Strafmaßnahmen gegen Russland aufgehoben werden. Einen Mechanismus der schrittweisen Aufhebung haben die Staaten der freien Welt nicht vorgesehen. Es wäre ein verheerendes Signal, einen Aggressor wie Putin auch noch zu belohnen.“

Jürgen Hardt (CDU, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag): Russland muss Minsker Vereinbarung vollständig umsetzen, 07.08.2017, <http://www.presseportal.de/pm/7846/3702927>

So auch die Grünen

„Bis heute deutet leider nichts darauf hin, dass der russische Präsident Wladimir Putin von der militärischen Destabilisierung der Ukraine ablässt. Zwar ist die Gewalt zurückgegangen, auch weil die EU Geschlossenheit demonstriert und Sanktionen verhängt hat. Aber das Blutvergießen ist alles andere als beendet. Die Bundesregierung muss deshalb darauf drängen, die Vereinbarungen von Minsk vollständig umzusetzen. Bis zur vollständigen Umsetzung des Minsker Abkom-

mens bleibt es geboten, die von der EU beschlossenen Sanktionen beizubehalten. Gleichzeitig muss der Dialog mit Russland auch in Zukunft gesucht werden.“

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte. Wie stehen die Grünen zum Ukraine Konflikt und zu den Sanktionen gegenüber Russland?, 24.07.17, <https://www.gruene.de/programm-2017/a-bis-z/wir-stehen-ein-fuer-frieden-und-menschenrechte.html>

„Von ganz rechts bis ganz links wird heftig an der Sanktionsfrage gerüttelt. Nun genügt schon der von Putin lancierte Vorschlag zu Blauhelmen für die Ukraine, dass vom deutschen Außenminister laut über die Aufhebung der Sanktionen nachgedacht wird. Putins Vorstoß zielt auf die dauerhafte Abtrennung des Donbass statt auf die Sicherung der ukrainisch-russischen Grenze. Außenminister Gabriel nutzt die letzten Tage seiner Amtszeit, um öffentlich das Minsker Abkommen zu beerdigen. Er wendet sich mit diesem Alleingang gegen die gemeinsame europäische Ukrainepolitik. Jetzt ist die Bundeskanzlerin gefordert, die Haltung der Bundesregierung klarzustellen.“

Marie-Luise Beck (Bündnis 90/Die Grünen): Sanktionen. Außenminister Gabriel entsorgt Minsker Abkommen, 06.09.2017, <http://marieluisebeck.de/artikel/06-09-2017/sanktionen-au-enminister-gabriel-entsorgt-minsker-abkommen>

„Würde die Aufhebung der Sanktionen automatisch zu einem besseren Verhältnis zu Russland führen? Wer so argumentiert, übersieht die russische Logik hinter der aggressiven Außenpolitik: Sie dient Putins Machtsicherung. Die Mobilisierung gegen äußere Feinde hat die Popularität des russischen Präsidenten deutlich gesteigert. Warum also sollte eine Aufhebung der Sanktionen diese Politik beenden?“

Fabian Klask: Wohin soll das führen?; Die SPD will als ‚Friedenspartei‘ in den Wahlkampf ziehen. Sie verspricht einen Abbau der Spannungen mit Russland. Dabei verkennt sie deren eigentlichen Grund, in: Die Zeit vom 03.11.2017.

Die Vertreter dieses unnachgiebigen Kurses argumentieren mit Prinzipientreue, Glaubwürdigkeit und dem Festhalten an den Grundlagen der europäischen Friedensordnung:

„Unsere Politik gegenüber Russland hat einen unverrückbaren Bezugspunkt, nämlich die Charta von Paris. [...] In aller Klarheit: Die glaubwürdige Rückkehr Russlands zu den Prinzipien der Charta von Paris ist grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen und Intensivierung der Zusammenarbeit.“

Dr. Andreas Nick (CDU), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Plenarprotokoll Nr. 18/231 vom 27.04.2017, S. 23298, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18231.pdf>

„Doch auch wenn der Westen noch so viele bis zur Selbstverleugnung freundliche Signale nach Moskau sendet – mit dem gegenwärtigen russischen Regime ist eine Rückkehr zu Beziehungen nicht möglich, wie sie vor der Besetzung der Krim bestanden haben. Der Versuch, die aktuellen Spannungen durch Nachgiebigkeit gegenüber der russischen Führung zu mindern, könnte für die Europäer auf Dauer teuer und gefährlich werden.“

Reinhard Vesper: „Russische Realitäten“, in: FAZ vom 24.06.16.

„Also wie geht es besser? Schluss mit den gemischten Nachrichten zu Sanktionen und deren Effektivität. Sie spielen nur Moskau in die Hände und machen Frieden noch schwieriger. Sanktionen sind kein Selbstzweck. Sie sind ein Mittel und sollten anpassbar sein, um maximale Wirkung zu erzielen. Aber Flexibilität darf nicht auf Kosten von Glaubwürdigkeit gehen.“

Fredrik Wesslau (Programmdirektor "Wider Europe" European Council on Foreign Relations): Sanktionen gegen Russland. Steinmeiers gefährliches Wunschdenken, Tagesspiegel Causa vom 24.06.2016, <https://causa.tagesspiegel.de/politik/die-deutsche-russlandpolitik/steinmeiers-gefaehrliches-wunschdenkennbsp.html>

Einen weiteren Bezugspunkt in dieser Argumentationslinie stellen die Interessen der ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten dar. Unter Berufung auf Bündnistreue sowie historische Erfahrungen positionieren sie sich gegen eine Sonderverständigung mit Russland hinter dem Rücken und zu Lasten dieser Staaten:

„Für uns ist eines klar: Deutsche Außenpolitik kann und darf niemals nur Russlandpolitik sein; im Gegenteil. Wir wollen beides: gute und partnerschaftliche Beziehungen zu Ost- und Mitteleuropa, gleichzeitig friedliche und konstruktive Beziehungen zu Russland. Niemals dürfen wir es zulassen, dass diese beiden Ziele gegeneinander ausgespielt werden. Unser Verhältnis zu Russland darf nicht über die Köpfe der Völker in Mittel- und Osteuropa hinweg entwickelt werden – und schon gar nicht auf deren Kosten.“

Dr. Andreas Nick (CDU), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Plenarprotokoll Nr. 18/231 vom 27.04.2017, S. 23298, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18231.pdf>

„Im Osten hat Russlands Agieren in der Ukraine-Krise unsere östlichen Alliierten zutiefst verstört. Wenn die Geltung des Rechts und die Unverletzlichkeit von Grenzen durch Worte und Taten infrage gestellt werden, dann geht natürlich Vertrauen verloren. Das hat gerade unsere Bündnispartner im Osten tief verunsichert. Sie bedürfen daher der eindeutigen Rückversicherung durch die Allianz. [...]

Das heißt also: Abschreckung und Dialog, das klare Bekenntnis zur Solidarität mit unseren Bündnispartnern gemäß Artikel fünf des NATO-Vertrages und die ausgestreckte Hand zum Dialog sind keine Gegensätze. Nein, das gehört untrennbar zusammen.“

Auszug aus der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau vor dem Deutschen Bundestag am 7. Juli 2016 in Berlin, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 84-1 vom 07.07.2016, S. 2, 4, https://m.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/07/Anlagen/84-1-bk.pdf?__blob=publicationFile&v=1

So vielschichtig die Positionen und Zielsetzungen im Einzelnen, zwischen den beiden Polen der für Entspannung auf der einen und gegen Nachgiebigkeit auf der anderen Seite plädierenden Stimmen, auch sein mögen, allen gemein erscheint die Überzeugung von der Unverzichtbarkeit des Dialogs mit Russland. Diesen nicht abreißen zu lassen, ist insbesondere auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bemüht, der nach seinem kontinuierlichen Engagement in diese Richtung als Außenminister und Ratsvorsitzender der OSZE 2016 nun auch in seinem neuen Amt Signale setzt, die „Negativspirale in den Beziehungen“ zu durchbrechen. In einem Interview mit der russischen Tageszeitung Kommersant hat er entsprechend im Vorfeld eines Arbeitsbesuchs in Moskau im Oktober 2017 betont: „Unser Verhältnis – zwischen den Regierenden und zwischen den Menschen in Russland und in Deutschland – ist von großer Bedeutung. Wir können es uns nicht erlauben, nicht miteinander zu sprechen. Wir sind es unseren Völkern schuldig, einer weiteren Entfremdung zwischen Deutschen und Russen entgegen zu wirken.“ (Steinmeier 2017)

Bei allem erkennbar geteilten Willen zum Dialog in der deutschen Russlandpolitik bleibt dieser auf absehbare Zeit eine Herausforderung. Eine, die nicht nur überschattet ist durch die hier skizzierte inhaltliche Kontroverse im Inland, die selbst in größerem Maße zum Dialog aller Beteiligten einladen sollte, als dies bislang der Fall gewesen ist. Sie ist im Größeren zugleich gesamteuropäisch bedingt, daher stets auch abhängig von den Wahrnehmungen und Interessen der Partner Deutschlands, sei es in EU und Europarat, in NATO und OSZE. Dies schließt nicht zuletzt die Russische Föderation selbst ein, als Adressat deutscher Russlandpolitik, worauf Steinmeier eindrücklich hingewiesen hat: „Ich will aber vor allem ausloten, ob es auch in Moskau das Streben

und damit auch die Chance gibt, in unseren Beziehungen schrittweise wieder Vertrauen aufzubauen. Zumindest möchte ich dafür werben, dass wir konstruktiver, berechenbarer und friedlicher mit unseren Unterschieden umgehen als in den vergangenen Jahren.“ (Steinmeier 2017)

Literaturempfehlungen

- Aufsätze zu „Russland, der Frieden und die Sicherheit in Europa“, in: Osteuropa 3-4/2017.
Heinemann-Grüder, Andreas 2017: Kalter Krieg oder neue Ostpolitik? Ansätze deutscher Russlandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2017, S. 4-10.
Jahn, Egbert 2017: Putin-Versteher und Putin-Kritiker. Heftige Kontroversen um die deutsche und westliche Russlandpolitik, in: Michael Staack (Hrsg.): Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung, Opladen u.a.: Barbara Budrich Verlag, S. 89-108.
Kalinin, Ilja 2016: Gesinnung oder Verantwortung in der Russlandpolitik? Deutsche Außenpolitik angesichts der politischen Kultur Russlands, Wiesbaden: Springer VS.

Quellen und Literatur

- Bierling, Stephan 2014: Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart, Bonn: BpB, S. 244-248.
Deutscher Bundestag (Hrsg.): Plenarprotokoll Nr. 18/218 vom 16.02.2017, S. 21853-21862, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18218.pdf> (Stand: 27.11.2017).
Deutscher Bundestag (Hrsg.): Plenarprotokoll Nr. 18/231 vom 27.04.2017, S. 23288-23299, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18231.pdf> (Stand: 27.11.2017).
Heinemann-Grüder, Andreas 2017: Kalter Krieg oder neue Ostpolitik? Ansätze deutscher Russlandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2017, S. 4-10. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/248514/russland-und-deutschland> (Stand: 27.11.2017).
Meister, Stefan 2017: Deutschland im Übergang zu einer neuen EU-Russland- und Osteuropapolitik, in: DGAPkompakt Nr. 6 Sommer 2017, S. 16-18. Online verfügbar unter: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/29846> (Stand: 27.11.2017).
Steinmeier, Frank-Walter 2016: Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, an der Ural Federal University am 15. August 2016 in Jekaterinburg, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 91-1 vom 16.08.2016, S. 2, https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/08/Anlagen/91-1-bmaa.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Stand: 27.11.2017).
Steinmeier, Frank-Walter 2017: Interview mit der russischen Tageszeitung Kommersant, 24.10.2017, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2017/171025-Schriftinterview-Kommersant.html> (Stand: 27.11.2017).